

464 Millionen Euro für die Hochschulen

Geldsegen löst im Landtag Freude und offene Fragen aus

12. Februar 2009 – Erfreut nahmen Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen den zusätzlichen Geldsegen aus dem Konjunkturförderprogramm II für den Hochschulbereich zur Kenntnis. Die Regierungskoalition sah dies als „zusätzlichen Schub“ für die von ihnen eingeleiteten Schritte. Die Opposition bewertete die Maßnahmen dagegen vor allem als eine notwendige Schließung von „Sanierungslücken“; außerdem komme der größere Anteil der 464 Millionen Euro gar nicht bei den Hochschulen an.

Dr. Anna Boos (SPD) am Rednerpult und
Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP)



Fotos: Schälte

„Seit 2005 geht es mit der NRW-Hochschullandschaft beständig bergauf!“, zeigte Manfred Kuhmichel (CDU) sich mit den bisherigen Initiativen der Landespolitik hinsichtlich der Lehre und Forschung rundum zufrieden. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes – vorgesehen sind 464 Millionen Euro für NRW – würden einen zusätzlichen Schub bringen. Im Einzelnen seien 200 Millionen Euro für Universitätskliniken, 120 Millionen Euro für Studentenwohnheime, 60 Millionen Euro für kleinere Baumaßnahmen an den Universitäten und Hochschulen und 80 Millionen Euro für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vorgesehen. Damit erweise sich das Konjunkturpaket II nicht nur als „kommunal-, sondern auch als hochschulfreundlich“. Gemeinsam mit den bereits beschlossenen Schritten, die bis 2020 insgesamt 8 Milliarden Euro Förderung vorsähen, werde dies den „Modernisierungstau“ auflösen.

Auch Christian Lindner (FDP) begrüßte das Angebot des Bundes als Ergänzung dessen, was die Koalition bereits in einem „Kraftakt“ für Universitäten und Hochschulen beschlossen habe. Der FDP-Politiker bemängelte allerdings nochmals, dass die Grundlage des Konjunkturförderpakets II nicht richtig gesetzt worden sei. Er hätte sich vielmehr verstärkte Impulse und Entlastungen über



Manfred Kuhmichel (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Dr. Ruth Seidl (Grüne)

das Steuerrecht gewünscht. Außerdem hätten die zusätzlichen Mittel für den Hochschulbereich auch ein Ergebnis des „Bildungsgipfels“ aus dem Jahr 2008 sein können. Dennoch, so Lindner, werde das, was jetzt an Möglichkeiten geboten werde, in Nordrhein-Westfalen „politisch sauber“ umgesetzt. Die Mittel sollten insbesondere so verwandt werden, dass sie über eine „energetische Modernisierung“ zu einer dauerhaften Senkung der Betriebskosten z. B. von Studentenwohnungen führten, forderte er.

„Bestens angelegt“, so Dr. Anna Boos (SPD), sei jeder Euro, der in Bildung investiert werde. Er würde sich langfristig und nachhaltig rentieren. Sie begrüßte ebenfalls die geplanten Maßnahmen für die Universitäten, die Hochschulen und die Stu-

dierenden. Damit werde eine „Sanierungslücke“ geschlossen, was ohne die Bundesmittel nicht möglich gewesen sei. In diesem Zusammenhang bewertete sie die aktuelle Initiative als weiteren Schritt zur „Aufweichung“ des Prinzips, den Bund aus der Bildung herauszuhalten. Auf dessen Förderung bei der Kinderbetreuung sowie bei der Schulinfrastruktur folge jetzt eine Subventionierung der Hochschulinfrastruktur. Abschließend wollte die SPD-Sprecherin wissen, wie die Mittel innerhalb der einzelnen Hochschulen aufgeteilt und ob die Maßnahmen ohne Mehrkosten für die Betroffenen erfolgen würden.

Eine falsche Verwendung der Mittel warf dagegen Dr. Ruth Seidl (Grüne) der Landesregierung vor. Von den 464 Millionen Euro gehe der Löwenanteil (200 Millionen) an die Universitätsklinik und dort unter anderem in die Grundinstandsetzung von OP- und Behandlungsbereichen. „Sie stopfen mit diesen Mitteln Löcher im Bereich der Krankenversorgung“, kritisierte die Grüne. Zweitens seien die 120 Millionen Euro für Studentenwohnungen nur ein Ausgleich für die „drastische“ Kürzung der Mittel für die Studentenwerke in den letzten Jahren. Nach den 80 Millionen Euro für außeruniversitäre Forschungsorganisationen stünden die Hochschulen – also der eigentliche Empfänger – mit 60 Millionen für „kleinere Baumaßnahmen“ nur an vierter Stelle der Verteilungskette. Seidls Vorwurf an die Regierung: „Sie lassen die Studierenden buchstäblich im Regen sitzen.“

Wissenschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP) freute sich dagegen zunächst einmal über die Aufmerksamkeit für Studierende sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im universitären Bereich. Zusätzlich zu den „riesigen Kraftanstrengungen“ des Landes, die bis zum Jahr 2020 insgesamt 8 Millionen Euro für den Hochschulbereich und 1,3 Millionen Euro für Fachhochschulen vorsähen, stünden nunmehr noch 464 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Im Übrigen kämen auch davon 116 Millionen aus der Landeskasse. „Diese Landesregierung investiert in Forschung und Bildung“, so der FDP-Politiker. Beim Bildungsgipfel im Sommer 2008 sei der SPD-Bundesfinanzminister offenbar noch nicht so weit gewesen, dieses Thema als Priorität für die Zukunftsgestaltung zu setzen. cw